



An die
Regierungschefs der Länder

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Hessen
Nordrhein-Westfalen
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Bremen/ Hamburg/
Schwerin/ Saarbrücken/
Hannover/ Potsdam/
Mainz,
den 27.01.2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Verbrechen von Magdeburg und von Aschaffenburg haben uns alle tief betroffen gemacht. Bei der Tat in Magdeburg kurz vor Weihnachten sind sechs Menschen getötet und zahlreiche Menschen verletzt worden. In Aschaffenburg wurden ein Kleinkind und ein zur Hilfe eilender Mann getötet, ein weiteres Kind und zwei Erwachsene schwer verletzt. Diese Taten waren erbarmungslos und brutal. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien und Freunden.

Wir, die sozialdemokratischen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, sind besorgt darüber, was diese beiden Taten jetzt ausgelöst haben. Es ist wichtig, dass wir bei dem sensiblen Thema Flüchtlingspolitik sachlich debattieren und zu gemeinsamen Lösungen kommen, die tatsächlich umsetzbar sind und wirken. Das haben wir als Regierungschefinnen und Regierungschefs in den vergangenen Jahren immer wieder unter Beweis gestellt.

Uns bewegt die Sorge, dass am Mittwoch im Deutschen Bundestag demokratische Politikerinnen und Politiker in dieser Frage gemeinsam mit Mitgliedern der AfD abstimmen - einer Partei, die in immer mehr Ländern als gesichert rechtsextrem eingestuft ist. Dies gilt umso mehr, als im Wahlkampf eine weitere Radikalisierung dieser Partei zu beobachten ist.

In dieser Hinsicht sind die Mitglieder der Ministerpräsidentenkonferenz ganz unabhängig von ihrer politischen Heimat stets einig gewesen: Die Brandmauer zwischen demokratischen und undemokratischen Parteien darf nicht ins Wanken geraten. Das ist leider auf kommunaler Ebene längst passiert. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene darf sich diese Entwicklung fortsetzen.

Insbesondere unsere ostdeutschen Kollegen haben diese Haltung in den letzten Monaten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder ist es in den vergangenen Jahren immer wieder gemeinsam gelungen, auch über Parteigrenzen hinweg zu von Besonnenheit und Augenmaß geprägten Beschlüssen zu kommen. Dieser Konsens hat zurecht stets Aufmerksamkeit und auch Anerkennung gefunden.

Dieser Grundkonsens ist gegenwärtig wichtiger denn je. Die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern stehen allesamt in der Pflicht, keinen Zweifel an der gemeinsamen Haltung gegenüber Radikalen aufkommen zu lassen. Stattdessen müssen wir gemeinsam Lösungen entwickeln, um solche Verbrechen künftig zu verhindern.

Für eine solche Diskussion stehen wir ausdrücklich zur Verfügung. Unsere Bitte an Sie lautet: Stellen wir auch weiterhin unsere Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Bitte machen Sie Ihren Einfluss geltend, dass der Konsens der Demokratinnen und Demokraten in dieser Woche auch im Deutschen Bundestag gewahrt bleibt. Eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Kräften darf es nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen

 

Stephan Weil
Ministerpräsident
Niedersachsen

 

Alexander Schweitzer
Ministerpräsident
Rheinland-Pfalz

 

Andreas Bovenschulte
Bürgermeister Bremen

 

Dietmar Woidke
Ministerpräsident
Brandenburg

 

Anke Rehlinger
Ministerpräsidentin des
Saarlandes

 

Manuela Schwesig
Ministerpräsidentin
Mecklenburg-Vorpommern

 

Peter Tschentscher
Erster Bürgermeister
Hamburg